

Volkswacht

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle / Bezirk Merseburg

Das "Volkswacht" erscheint mit Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen und amtliches Organ örtlicher Behörden. Schriftleitung: Dr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschluß: Nr. 2465, 2467, 2605. Persönliche Anstuferteilung mitags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 M. Zustellungsgebühr, ungesamt 2,10 M. für halbjährlich 9,00 M. und 1,80 M. für ein Jahr. Beilagenpreis 2,10 M. durch Postboten gesamt 2,50 M. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 M. — Einzelnenpreis 13 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Heftentitel der Mitarbeiter. Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Märkerstraße 6. Fernruf 2465, 2467, 2605. Postfachkonto 20210 Urt.

0,48
0,48
0,65
0,85
1,25
1,95
0,58
2,25
3,75

Schleicher spricht mit Straßer / Papen trifft sich mit Hitler!

„Nationale“ Posse hinter den Kulissen

Die zitternde NSDAP. auf dem Marsch zu den — „feinen Leuten“

Warum die Volkvertretung vorläufig ausgeschaltet wurde: Der Kuhhandel wird wieder aufgenommen

Es geht nichts über die Kunst des Dementierens! Als die erste Nachricht von einer Unterredung Schleicher-Straßer auftauchte, versicherte die Reichsjustiz auf Anfragen, die Behauptung, daß Herr Schleicher Herrn Gregor Straßer empfangen habe, sei absolut unwahr. Sie war in der Tat unwahr.

Wahr ist jedoch, daß Straßer am Dienstag an dritter Stelle mit dem Reichskanzler zusammengekommen ist.

Das geben jetzt selbst die mit der Information der Presse beauftragten amtlichen Stellen zu. Halbe Wahrheiten haben halt ebenso wie ganze Lügen nur kurze Beine.

Dafür ist die Nachricht von einer Konferenz zwischen Papen und Hitler in Köln, jodelt wir wissen, nirgendwo als falsch bezeichnet worden.

Da an dieser Unterredung, die auf die Initiative rheinischer Industrieller zurückzuführen ist, kein aktiver Staatsmann beteiligt war, bestand kein Anlaß, die offizielle Dementiermaschine in Bewegung zu setzen. Im Gegenteil geben die vorgenannten maßgebenden Persönlichkeiten ohne weiteres zu, daß die Kölner Zusammenkunft stattgefunden hat, und sie begleiten ihre Erklärung mit dem Ausdruck der Ermutigung, daß der vorige Reichstagsminister dem gegenwärtigen über den Inhalt seines Gesprächs Bericht erstatten werde.

Welch netzhafte Spiele werden hier gespielt! Die nationalsozialistische Presse tobt gegen Schleicher.

Der — allerdings einstweilen auf Eis gelegte Organisationsleiter der Partei hat mit ihm eine geheime Unterredung, bei der sicher nicht über das Wetter, sondern über die Möglichkeiten des Eintritts Straßers in die Regierung gesprochen worden ist. Zu gleicher Zeit trifft sich Herr von Papen, der Herrn von Schleicher seinen guten Freund nennt und dafür von diesem mit dem Ehrenitel eines Ritters ohne Furcht und Tadel ausgezeichnet wird, mit Straßers hohem Chef.

Und ebenfalls zu gleicher Zeit verjagen die Nationalsozialisten im Westfalenat

einer Einberufung des Reichstags im Monat Januar ihre Zustimmung.

Was hat das alles zu bedeuten? Verschiedene Auslegungen sind denkbar. Der Ritter ohne Furcht und Tadel intrigiert mit Adolf Hitler gegen Herrn von Schleicher, oder der gute Freund sucht den „Führer“ zu bewegen, ein durch Straßer schön und wirkungsvoll ergänztes Kabinett zu tolerieren. Schleicher bemüht sich, Straßer und seinen etwa vorhandenen Anhang von Hitler zu trennen, und Papen versucht, Hitler gegen Straßer sowohl wie gegen Schleicher auszuspielen.

oder die beiden Reichskanzler arbeiten gemeinsam auf das Ziel hin, die Nationalsozialisten allseits regierungsfähig und regierungswillig zu machen.

Zwischen diesen Eventualitäten haben wir einstweilen die Wahl, und nur soviel steht fest, daß unter dem Schutz der mit Hilfe der Nationalsozialisten und der bürgerlichen Parteien vorgenommenen Ausschaltung des Par-

lamentes sonderbare Intrigen gesponnen werden. Die Art, wie hier Regierungen gebildet, umgestaltet oder auch gestürzt werden, hat etwas von einer Posse an sich. Allerdings vor einer mangelhaften Inszenierung.

Wenn der Vorhang der Komödie fällt, wird man auch wissen, wer der Betrugene in dem Spiel ist. Schleicher, Papen, Hitler, Straßer? Das wird sich herausstellen.

Aber über eine Tatsache besteht schon in diesem Stadium der Vorfälle kein Zweifel: die bedeutungswichtigen Mitglieder und Anhänger der Nationalsozialistischen Partei müssen sich mit der Rolle erdärmlicher Statisten begnügen. Sie werden an den Requisiteur verpackt, und wenn der Hammer perkt geworden ist, haben sie keine andere Aufgabe mehr als die, je nachdem die Weisheit Hitlers oder Straßers oder auch der beiden Selben zu preisen und außerdem zu schwören, daß es nichts Zielbewußteres und Gerabingeres gebe als die Politik der „großen nationalen Volksgemeinschaft“!

Fall Heintsch im Sachsenlandtag

Um die Immunität des Abg. Bennede

Dresden, 6. Januar.

Der Landtagsvorstand hat am Donnerstag beschlossen, den Landtag auf Donnerstag, den 12. Januar, nachmittags 1 Uhr, einzuberufen. Auf der Tagesordnung wird stehen als 1. Punkt der Antrag des Generalstaatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bennede und die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge sowie eine kommunistische Anfrage, die den Fall Heintsch betreffen. Am Dienstag, dem 10. Januar, wird der Rechtsausschuß des Landtags über den Antrag des Generalstaatsanwalts beraten.

Zum Fall Heintsch werden weitere Einzelheiten bekannt. Die Heintsch fand am 10. Dezember über die Fischschlosserlei und Amnsbruck nach Bogen geflohen und befindet sich gegenwärtig in Verona. Die Staatsanwaltschaft ist über alle ihre Schritte vorzüglich unterrichtet und hat bereits gewisse Verbindungen nach Deutschland festgestellt, namentlich auch Gesuche um Ueberlieferung von Gerd.

Schwerkapistische Hintergründe

Hitlers Geldgeber drängen / Verstopft Schleicher die Geldquellen?

Ueber die Hintergründe der Unterredung Hitlers mit Papen in Köln teilt der „Jungdeutsche“ mit:

„Der Baron von Schroeder, in dessen Wohnung die Unterredung stattgefunden hat, ist Teilhaber des Privatbankhauses J. S. Stein in Köln. Er ist außerdem Mitglied des Aufsichtsrats bei der

Altienengesellschaft Charlottenhöhe, die zum Fick-Konzern gehört. Von dort gehen die direkten Verbindungen zum Stahlverein und zu Thyssen. Da Hitler von diesen Gruppen der reinlich-westfälischen Industrie finanziell stark unterstützt worden ist — Dementis werden gern entgegengenommen —, und da der-

artige Subventionen gewöhnlich über private Bankhäuser geleitet werden, können sich die Hintergründe dieses Vorfalles. Und das um so mehr, als ja bekanntlich der Rücktritt des Herrn v. Papen und die Verjagung, Hitler zum Reichstagsminister zu machen, auch nicht ohne Einwirkung dieser Industrie-Gruppe vor sich gingen.“

Warum Braun mit Schleicher konferiert

Protest gegen den Reichskommissar / Das Reich muß das Urteil des Staatsgerichtshofes respektieren

Ueber die auf Freitag, den 6. Januar, festgesetzte Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun werden in der Presse gegenwärtig haldlos Kombinationen verbreitet. Der „Soz. Volksdienst“ erklärt, daß diese Nachrichten der höchsten Grundlage entbehren.

Die am Freitag stattfindende Unterredung hat tieferen einen besonderen lenstweilen Charakter, sondern dient, wie auch die erste im Dezember stattgefundene Unterredung zwischen Braun und Schleicher, lediglich der Klärung über die zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung bestehenden Differenzen über die Ausübung der der preussischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Weipziger Staatsgerichtshofes verbliebenen Befugnisse. Ministerpräsident Braun steht wie die übrige preussische Staatsregierung, selbstverständlich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Einsetzung eines Reichskommissars vom 20. Juli 1932 von falschen Voraussetzungen ausging, daß daher an sich die völlige Zurücknahme dieser Maßnahme nötig und möglich ist. Da aber die Reichsregierung sich zu einem solchen Vorgehen nicht entschließen wird, wie aus den verschiedenen Mitteilungen aus dem Reichskanzlers von Schleicher

zu erkennen ist, besteht die preussische Staatsregierung wenigstens darauf, daß die Konsequenzen aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofes aus von der Reichsregierung gezogen werden, was bisher nach Ansicht der preussischen Staatsregierung keinesfalls geschehen ist.

Die Aussprache zwischen Schleicher und Braun soll daher der Klärung dieser Fragen dienen. Man will versuchen, eine Einigung zu erzielen. Zu den stilligen Fragen gehört u. a. die vom Staatsrat und dem Landtag gewünschte Vorlegung eines Haushaltsentwurfs. Selbstverständlich kann die preussische Staatsregierung einen Haushaltsentwurf nur vorlegen, den sie selbst für richtig hält und dem Landtag gegenüber vertreten kann.

Um einen solchen Haushalt aufzustellen, muß natürlich die Staatsregierung die Richtlinien des Haushaltes bestimmen und bei wichtigen Einzelposten vorher die Entscheidung treffen. Dazu ist notwendig, daß sie sich der Beamten der einzelnen Ressorts bedient, was ihr aber vorläufig von den Kommissaren verweigert wird. Außerdem genügt nach Meinung der preussischen Staatsregierung die bisherige Zusammenarbeit zwischen den Kommissaren des Reiches und der Staatsregierung auch den bescheidensten Anforderungen nicht.

Die Vertretung der Interessen Preußens im Reichsrat kann natürlich nur dann einigermaßen gelassen, wenn die Rechtsauffassung der preussischen Regierung auch durch die stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat gewahrt wird. Auch hier mangelt es nach durchaus an der nötigen, vom Staatsgerichtshof als selbstverständlich vorausgesetzten Bereitwilligkeit, der preussischen Staatsregierung im Rahmen der ihr verbliebenen Rechte entgegenzutreten.

Da der Reichsrat nach der Weimarer Verfassung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches mitwirken muß, müssen natürlich die preussischen Staatsminister über den Gang der Geschäfte in Preußen unterrichtet sein. Heute ist die Verbindung mit den preussischen Ministerien so gut wie abgebrochen. Die preussische Staatsregierung verläßt daher im Interesse des Landes die lokale Ausübung der Entscheidung des Weipziger Staatsgerichtshofes vom Oktober 1932 zu erreichen, was ihr unter der Reichsjustizverwaltung von Papen dank dem Widerstand der Kommissare in Preußen, der Herren Braudt und Gemmeisen, nicht gelungen ist. Ob ihr Bemühen beim Reichskanzler von Schleicher mehr Erfolg haben wird, muß die Zukunft lehren!

Richtlinien haben wir

Jetzt nur noch die Arbeit

Das Reichskabinett hat am Donnerstagmittag die Richtlinien für die Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Am Sonnabend früh soll eine Ausführungsverordnung mit den Richtlinien erscheinen.

Die Richtlinien sind in ihrem Hauptinhalt bereits bekannt. Bei der starbaldigen Regelung, daß Unternehmer, die auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms Aufträge erhalten, noch Anspruch auf Anstellungsprämien haben, ist es geblieben. Das ist ein böser Punkt im Arbeitsbeschaffungsprogramm. Seine Auswirkung wird, das läßt sich schon jetzt übersehen, kaum die erhoffte, dringend notwendige Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen.

Better.
Schall-
real-
an-
om.
(Be-
halten).
14.00.
15.00.
16.00.
17.00.
18.00.
19.00.
20.00.
21.00.
22.00.
23.00.
24.00.

Nazistneifen - Sozialdemokratie ertämpft Erfolge

Unser Volksbegehren / Das Tarifrecht gesichert / Wir kämpfen weiter um die Arbeiterinteressen

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist das folgende Schreiben des Reichspräsidenten des Innern zugegangen:

„Im Reichsgeheißblatt Teil I Nr. 80 vom 20. Dezember 1932 ist das Gesetz vom 17. Dezember 1932 bekannt, wonach der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 aufgehoben wird. Ich nehme an, daß damit eine Weiterverfolgung Ihres Antrags vom 12. September 1932 wegen Zulassung eines Volksbegehrens über die Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend sozialpolitische Maßnahmen sich erledigt. Ich bitte um Rückführung.“

Damit ist der sozialdemokratische Kampf gegen die unangehörigen Pläne, die feinerseit die Regierung Papen gegen die gesamte Sozialpolitik und besonders gegen das Tarifrecht verfolge, zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen!

Am 4. September 1932 wurde die Notverordnung

verändert, die angeblich der Behebung der Wirtschaft dienen sollte. Sie enthielt Milliarden-geschenke für die Unternehmer, gleichzeitig auch die Ermächtigung für die Reichsregierung, schwerwiegende Eingriffe auf dem Gebiet der gesamten Sozialpolitik vorzunehmen. Auf Grund dieser Ermächtigung erfolgte die Papen-Erhöhung und der Einbruch in das Tarifrecht.

Die Arbeiterchaft hat sich gegen diese Lohn-fürzungen zur Wehr gesetzt, in vielen Fällen mit Erfolg.

Die Sozialdemokratische Partei hat den beständigen Kampf gegen diese reaktionäre Ver-ordnung aufgenommen. Als Papen durch die Reichsstaatsanwaltschaft einen Aufhebungsbeschluß des Reichstags zuerkannt, leitete die sozialdemo-kratische Reichstagsfraktion noch am selben Tage den Volksentscheid ein.

Sie beantragte, dem Volke zur Entscheidung ein Gesetz zu unterbreiten, wonach der zweite Teil der Verordnung, sozialpolitische Maßnahmen be-treffend, aufzuheben sei.

Die Bürofaktion des Kabinetts Papen hat zu-nächst den Versuch unternommen, das Volks-begehren zu sabotieren. Erst am Tage vor

dem Rücktritt Papens wurde dem sozialdemo-kratischen Parteivorstand mitgeteilt, daß die Zulassung des Volksbegehrens erfolgt sei!

Im neuen Reichstag, der nach der Wahl vom 6. November parlamentarisiert, setzte die sozialdemo-kratische Reichstagsfraktion ihre Vorfälle gegen die sozialreaktionäre Verordnung fort. Ihrer Politik ist es zu verdanken, daß der Reichstag ein Gesetz beschloß, wonach die sozialpolitischen Maß-nahmen in der Verordnung vom 4. September aufgehoben werden müssen. An dieses Gesetz war die Nachfolgerin der Regierung Papen, die Re-gierung Schleicher, gebunden.

Sie mußte den Einbruch in das Tarifrecht, den die Regierung Papen vorgenommen hatte, rückgängig machen. Damit wurden auch die auf Grund dieses Einbruchs erfolgten Lohnaufzungen rückgängig.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist das Ziel, das sich die sozialdemokratische Reichstags-fraktion mit der Einleitung des Volksbegehrens gestellt hatte, erreicht.

Die sozialdemokratische Politik der Verteidigung der Arbeiterinteressen hat in diesem Punkte zu einem bemerkenswerten Erfolg geführt!

Der Mädchenmord mit dem Hakenkreuz

Grausames Nazi-Verbrechen vor dem Frankfurter Gericht

Eigener Bericht

Frankfurt a. M., 5. Januar.

Unter ungeheuren Andrang des Publikums begann am Donnerstag vor dem Frankfurter Schwurgericht die Verhandlung gegen die drei Nazi-Jünglinge, denen die Anklage eines der schrecklichsten Verbrechen vorwirft, die seit Jahren in Frankfurt geheißen sind. Im Dezember 1931 verschwand unter rätselhaften Umständen die 19jährige Hausangestellte Emma Busse. Erst im Mai vorigen Jahres wurde sie als Leiche aus dem Main gezogen. Man nahm allgemein Selbstmord an, bis die Polizei im Oktober durch eine Kette von Zufällen auf die Spur der drei Nazi-Jünglinge Stubenrauch, Eich und Arzt kam, die jetzt unter der Anklage des Mordes und der Beihilfe zum Mord vor Gericht stehen.

Der 21jährige Hauptangeklagte Robert Stubenrauch, bis zur seiner Verhaftung Mitglied der Hitlerpartei, der im Augenblick seiner Teilnahme das nationalsozialistische Partei-abzeichen trug, hat damals der Mordkommission des Polizeipräsidiums und dem Untersuchungs-richter in wiederholten Auslagen gestanden, daß er mit seinen beiden mitangeklagten Freunden, die bei der Berührung der Tat 17- und 18jährige Beihilger waren, seine Geliebte um-bringen wollte, weil sie sich von ihm weigerte. Die unglückliche Emma Busse wurde, nachdem er Stubenrauch noch ein-mal in einem mit ihr verkehrte hatte, auf eine Rainbrücke unterhalb Frankfurts gestoßt und dann gewaltsam ins Wasser ge-worfen.

Im ersten Tage des auf mehrere Tage berech-neten Prozesses bleibt Stubenrauch bei dem Widerruf seiner Geständnisse.

Es beginnt nun die Vernehmung der drei An-geklagten über die unheimliche Mordnacht auf der Rainbrücke. Er sei von Emma Busse in den ersten Dezembertagen zu einer Zusammenkunft gebeten worden durch einen Brief, in dem es hieß: „Lieber Robert! Wir bekommen einen kleinen Robert...“ Bei der Ausprache habe er seiner Freundin gegenüber seine Vaterlaster ge-fürchtet. In seiner Verzweiflung habe er sich dann mit seinen Freunden beraten. Arzt habe gesagt: „Schluß!“, er selbst habe nicht gemollt. Schließlich wurde es verabredet, und das wird von seinem der Angeklagten geäußert, daß man abends das Mädchen in den Main werfen wollte.

Als man sich dann nachts traf, wollen die An-geklagten angeblich Rufe bekommen und sich ver-ständig haben, das Verbrechen nicht zu begehen. Nun wird Stubenrauch in ein scharfes Kreuz-verhör genommen. Der Staatsanwalt will fest-stellen, warum Stubenrauch ursprünglich ein Ge-ständnis abgelegt habe.

Auf die Frage des Staatsanwalts, warum er in den Kaffeebar, die er seinen Freunden durchschmuggeln wollte, eine harmlose Darstellung über die Vorgänge in der Mordnacht geben wollte, vermag Stubenrauch keine Antwort zu geben.

Nun erreicht die Vernehmung ihren Höhepunkt. Vor: „Warum sind Sie doch mit dem Mädchen auf die Brücke gegangen, obwohl Sie angeblich den nachmittags verab-redeten Plan bereits aufgegeben hatten? Und warum sind Ihre beiden Freunde denn aus-gelassen und Ihnen immer gefolgt bis zur Brücke? Warum ist das alles genau so ge-schehen, wie es in dem Plan vorgelesen war, obwohl Sie den Plan gar nicht ausführen wollten?“

Stubenrauch antwortet zögernd und flötend: „Ich weiß selbst nicht, wie wir an die Brücke gekommen sind. Ich war noch nie vorher dort. Arzt und Eich wollten vielleicht mal sehen, wie das nun ausging mit dem Mädchen.“

Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten Stubenrauch vor, daß er auch angesichts der aus-gegraben Leichenteile des Mädchens seinen Mit-angeklagten Arzt weiterhin befohlen habe. Stuben-rauch schweigt auf die Frage des Staatsanwalts: „Wo haben Sie denn die Leiche her gehabt, an-gesichts der Leiche des Mädchens noch zu begehen?“ Nach der Mittagspause werden die beiden Mit-angeklagten Arzt und Eich vernommen, die die Auslage Stubenrauchs bestätigen, also die gemein-sam verübte Mordtat bestritten.

Am Freitag um 10 Uhr wird ein Botetermin stattfinden.

Sowjetzwangspässe

Die Ausgabe der Sowjetzwangspässe hat in Moskau begonnen. Gleichzeitig müssen sich alle Hausbewohner in neuangelegte Hauslisten eintragen. Zunächst erhalten die Arbeiter von 90 Unternehmungen Pässe.

Vom Regimentskommandeur zum Reichskommissar

Ein Kriegsbild von Prof. Dr. Kähler, des Kultusministers von Schleichers Gnaden

Vom kommissarischen preussischen Kultusminister Professor Dr. Wilhelm Kähler veröffentlicht die sozialdemokratische „fränkische Tagespost“ in Nürnberg ein viel-sagenes Porträt. Es zeigt den jetzigen Führer der preussischen Kultur als Kriegsoffizier im Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 6 in Erlangen, dessen Angehörige den Leutnants-Hauptmann bis heute nicht vergessen haben:

Als der deutsche Reichstanzler von Hitlers Gnaden, Franz von Papen, den Prof. Dr. Wil-helm Kähler als stellvertretenden Reichskommissar für Kultus und Unterricht in das preussische Kabinett berief, sind auch in unserer fränkischen Gegend viele Leute erschrocken. Es waren das die Landwehrliebe vom Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 6 in Erlangen, die den Herrn Reichs-kommissar schon vor 18 Jahren als Hauptmann und Kompanieführer gekannt hatten. Sie haben sich wieder einmal an die „große Zeit“ erinnert, in der dieser Professor für den Reiti-peitschen Hucheln und „schneidige“ Reden loslassen konnte: „Mal hören! Ich bin euer Hauptmann und wir ziehen jetzt in den Krieg. Ich verlange von jedem, daß er seine Pflicht erfüllt, wer nicht pariert, wird an den Wagen gebunden!“ Diese Drohung machte der Herr Hauptmann auch wahr, und

er durfte wohl den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, als erster in der deutschen Ar-mee dieses samose Mittel ange-mandt zu haben.

Es war nicht seine einzige Erfindung, es kam bald die „Offiziers-Kompagnie-Feldzüge“ hinzu, die sich sehr guten Zuspruchs bei den Herrern Offi-zieren erfreute und hoch ihren Siegeszug in alle Abteilungen des Heeres antrat. Aber so tüchtig der Herr auch mit der Reiti-peitsche herumfuhr, konnte und so trügliche Ausdrücke er auch im Munde führte, so „trumb“ und gottesfürchtig war er und verurteilte es nie, bei jedem Sieg seine Mannschaften zusammenzurufen und den schönen Choral anzujammeln: „Nun dar'et alle Gott!“ Der Herr Hauptmann Wilhelm Kähler war weiterhin schneidig, raunzig, „eine Beute“ zusammen, suchte mit der Reiti-peitsche, warf mit Ausdrücken aus dem Reiche der Zoologie um sich, bis er eines Tages einen „Kerenziajambendura“ ertit und schwenkt ein paar hundert Kilometer zwischen sich und die Front legte.

Jedenfalls blieb ihm so der Heidentot eripart und er konnte seinem Vaterland nützen als Reiterlenkrichter in Erlangen. Im Feldregi-ment oder blieb der „Reiti-peitschen-Haant“ un-vergessen.

Eines Tages eilte er zu einer Wiedersehens-feier der Regimentskameraden herbei und setzte stolz auf eine Brust voll Orden, die er wie seinen Majorität für seine Heidentaten auf dem Kameraden verdient hatte. Diese schöne Wie-dersehensfeier in Erlangen hätte bei-nahme mit einem großen Crash geendet. Der Pro-fessor und Major a. D. glaubte nämlich unbedingt aufs Redem steigen und eine Rede schwingen zu müssen:

„Liebe Regimentskameraden! Voll tiefer Rührung usw. ... Als ich euch damals verließ, war meine Tätigkeit für unser deutsches Vater-land noch nicht beendet; ich habe auch weiterhin nach besten Kräften ...“

Weiter kam er nicht, denn die Anwesenden hatten die Schinderei noch nicht vergessen und nahmen ihm die Rede sehr übel. Es wurde ge-schrien und gepfiffen und manche „lieben Re-gimentskameraden“ griffen auch schon zu den Stuhl-beinen. Der allseitig belächelte Regimentskom-mandeur konnte nur mit Mühe und Not Frieden stif-ten und dem Herrn Major ein deutliches „Ab-treten“ kommandieren. Darauf verschwand der Herr Professor wieder einige Zeit von der Bild-schneise und diente anscheinend abermals seinem Vaterland, so daß eines Tages sein Bild in den Zeitungen stand und seine Ernennung zum Reichs-kommissar erfolgte.“

Neuer Kameradenmord?

Nazi-Jünglingszeit Woden spurlos verschwunden

Eigener Bericht

Detroit, 5. Januar.
Gerade, da die Empörung über den Dresdener Nazi-Fememord auf den Höhepunkt geflogen ist, wird hier das Verschwinden eines 18jährigen SA-Mannes bekannt. Der sieben Woden belächte Herbert Krüd, der der Demolde SA angehört, seinen Onkel in Bad Clippinge. Von dort fuhr er mit dem Rade weg und seitdem fehlt jede Spur von ihm. Die Eltern gegen schlimmste Befürchtungen. Die Polizei hat alle in Frage kommenden Stellen untersucht, den Beschwunden im Fahndungs-blast und durch Rundfunk suchen lassen, aber bis-her ohne jeden Erfolg. Der SA-Mann Krüd ist spurlos verschwunden. Für das Vorliegen einer Gewalttat fehlt bis jetzt noch ein Anhaltspunkt. Im Hinblick auf den Dresdener Kameradenmord werden aber Befürchtungen in dieser Richtung ge-gebt.

Legal und illegal

Fragende Nazis bekommen den Mund verbotten

Aid., 5. Januar.
Die nationalsozialistische Parteiführungsbewegung läßt in einer Meldung aus München von den Mel-dungen über Bewaffnung und Illegali-tätstendenzen in der SA, erklären, daß alle derartigen Nachrichten frei erfunden wären. Es ist anzunehmen, daß dieses Dementi auch auf die aus Schleswig-Holstein in die Defensivkräfte gelangten Meldungen Bezug nimmt. Mehrere ausgeworfene und ausgeschlossene frühere Unterführer der SA, die in der Mel-dung des Brauner Hauses, ... falsch ist.

Der aus der Nazi-Partei und der SA in Neu-minster ausgeworfene Unterführer Bier-baum betont auf Befragen, daß er vor Monaten auf dem Wiederpuß hingewiesen habe, der darin befindliche daß Hitler immer wieder von neuem die Legalität der Partei behändere, daß aber auf der anderen Seite die SA für illegale Kämpfe in jeder Hinsicht vorbereitet werden. Darauf sei ihm die Antwort gegeben worden, er solle den Mund halten, das gehe ihn gar nichts an.

Die „waffenlose“ SA.

Dresden, 5. Januar.

Hitler hat bekanntlich mehrmals die Waffen-losigkeit seiner SA. beschworen und verurteilt,

daß jeder Hakenkreuzler, der sich bewaffne, aus der nationalsozialistischen Bürgerkriegsarmee her-ausgelegt werde. Trotzdem wird, wie sich immer wieder feststellen läßt, die militärische Aus-bildung in der SA. auch heute noch fleißig betrieben. An dem durch zahlreiche Gewalt-taten der Heines-Garbitten zu trauriger Berühm-heit gelangten schlesischen Städtchen Ranth finden für die SA. nach wie vor an jedem Freitag Übungsabende statt, an denen die SA- und SS-Beute in der Handhabung moderner Schusswaffen unterrichtet werden. Die Polizei hat gegen diese Bürger-kriegsvorbereitungen bisher keine Maßnahmen ge-troffen. Die Schießausbildungsabende der Ranth SA. finden in einer Scheune des Stabtammerers statt.

Opfer der „Atlantique“

Zahlreiche Befahungsmitglieder in den Flammen umgekommen

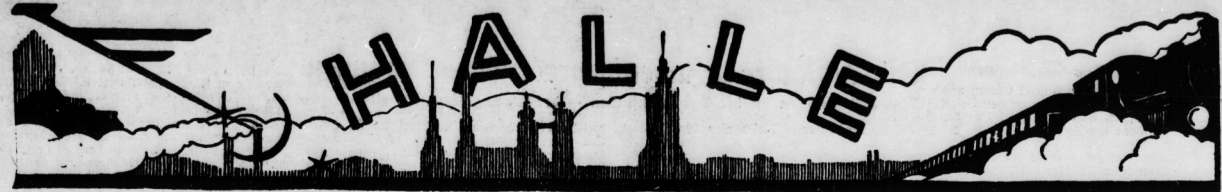
Eigener Bericht

Paris, 5. Januar.

Die Südatlantische Schiffsahrtsgesell-schaft, die Eigentümerin der durch Feuer zerstörten „Atlantique“, gibt Donner-stagmittag die Zahl der vermischten Befahungsmitglieder mit 19 an. Sie hofft aber, daß von diesen 19 noch einige von Dampfzer geteet worden sind, die ent-wehrt keine Funktion besitzen oder die französische Küste bisher nicht erreicht haben.

Der Minister für die Handelsmarine, Meyer, ist gestern abend in Cherbourg eingetroffen, um den Arbeiten der Untersuchungskommission, die

heute ihre Tätigkeit aufnimmt, persönlich beizu-wohnen. Nach seinen Befragungen mit den zuständigen Persönlichkeiten erklärte er, daß das Schiff verloren gegeben werde, man aber doch behoffen habe, zu versuchen, den Schiffsrumpf möglichst bis nach Cherbourg zu schleppen. Ueber die Ursache des Brandes und darüber, wie er so überaus schnell um sich greifen konnte, sei bisher nichts Näheres zu er-fahren und vielleicht werde es unmöglich sein, jemals darüber genauen Aufschluß zu erhalten. Der Minister unterteilt sich lange mit den getesteten Mitgliedern der Befahung und sollte den heroischen Bemühungen der deutschen, holländischen und englischen Seeleute, die am Rettungsamt teilnahmen, dankbare Anerkennung



Stoninski bleibt allein

Die Nationalsozialisten haben uns aufgefordert, ihrem Bonzen Gornowski-Stoninski in der Verammlung im Hofjagden die Wahrheit in einer Veröffentlichung zu beweisen.

Wir gehen nicht in die Nazi-Verammlung! Warum gehen wir nicht hin? Weil an der Richtigkeit unserer Veröffentlichungen nicht der geringste Zweifel möglich ist. Das wird am deutlichsten bewiesen durch Erklärungen eines NS-Führers, der uns unter Neugem verhöret:

„Alles, was im „Volksblatt“ über die Bonzenwirtschaft im Brannen Hause steht, ist Wort für Wort wahr!“

Außerdem denken wir nicht daran, die leeren Säle und Kassen der hallischen Nazis zu füllen.

Mitglieder der Konsum-Filiale Goethestraße
Aus zwingenden Gründen findet morgen, Freitag, 20 Uhr, eine außerordentliche Versammlung der Konsum-Filiale im Goetheparkhaus, Parz 42/44, statt. Die Mitglieder sind verpflichtet, zeitlos zu erscheinen.

Bereitet die Jugendweisse vor!

In den nächsten Wochen beginnt der Unterricht für die zur Entlassung kommenden Schüler, welche an der Jugendweisse, der Elternvereinsung teilnehmen. Die Eltern müssen ihre Kinder unerschütterlich im Unterrichtssekretariat der SPD, Parz 42, hinterhaus 2 Treppen, anmelden. Die Unterricht wird von bewährten Lehrern erteilt werden. Genosse Jugendweisse Hans Weidert (Herrweg) hat sich gleichfalls bereit erklärt, einige Unterrichtsstunden zu übernehmen.

Nazi-Durcheinander

Der „Dof“ verhandelt mit Papen — seine Bonzen jagen denselben Papen durch den Kalo.

Von einem Leser unserer Zeitung, der die Nazi-Verammlung im „Engelhardt-Hierhaus“, in der der neue Betriebsstellenmann Wolter Schneider sprach, besucht hatte, wird uns mitgeteilt:

Herr Wolterredörfer war auf das Thema der Verammlung: „Kann uns die Regierung Schleicher helfen?“ nur mit einem einzigen kurzen Satz eingegangen. Im übrigen ging er nur in den mildesten Ausdrücken über die Regierung des Herrn von Papen her. Er wußte warum, denn zu gleicher Zeit verhandelte Herr von Schleicher mit Gregor Straher, um die Nationalsozialisten „in breiterer Konzentration“ doch noch vor verantwortlichen Mitregierung heranzuziehen. Da war es also besser, Franz von Papen als „die jämmerliche Figur, die je ein Deutscher abgeben“ habe, zu bezeichnen. Nicht einmal Dünning und Herrmann Müller hätten sich so jämmerlich bei ihren Verhandlungen im Ausland benommen.

Diese Zämpfereien zwischen Herrn Wolterredörfer so viel Freude, daß er dabei offensichtlich in die Kniee fiel. Sein Reden war nur, daß kein Oberlof zu derselben Zeit mit Herrn von Papen in Köln zu handelt, um endlich an die Posten zurückzuführen. So ein Reden können eben nur noch die Nazis haben.

Leben wir so billig?

Die neueste Feststellung des Statistischen Amtes der Stadt Halle macht die Mitteilung, daß sich um die Jahreswende ein „historisches Ereignis“ zugetragen hat. Während nämlich 1932 in der Vergangenheit unter den Friedenslab geunten. Bittermäßig findet das seinen Ausdruck in einem Rückgang von 1.001 000. Der Preisindex trat ein bei der Butter und bei Eier. Viele Familien werden das gar nicht bemerkt haben, weil sie Futter nur vom Hörensagen noch kennen. Der Gesamt-Index steht jetzt bei 1.146.

Aber keine Sorge, zu billig sollen wir nicht leben. Nun Ausgleich wird uns Herr Schleicher eine achwürdige Margarine-Verteuerung bringen!

Das erste Opfer nach dem Burgfrieden

Bei der kommunistischen Demonstration, die nach Aufhebung des Burgfriedens am Dienstag in Halle veranstaltet wurde, ließ sich der Kommunist Sembel, eines Witzes, als, verteilten, an der Hauptfront einen Schlag ins Gesicht anzuhalten und gegen den Beamten aufstieß zu werden. Er wurde verhaftet und schon am anderen Tage dem Gerichtsamt zugeführt. Da er schon mehrfach wegen ähnlicher Fälle verurteilt ist, wurde er zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Er soll sich immer zu solchen Ausschreitungen begeben, wenn er angeheißelt ist.

An was sich die hallischen Straßenbahner erinnern müssen

Demagogische Phrasen und praktische Arbeit

Ein lehrreiches Merkblatt zu den Betriebsräteahlen bei der Behag

Die hallischen Straßenbahner sollen in der kommenden Woche erneut entscheiden, wer für das kommende Geschäftsjahr ihre Interessen wahrzunehmen hat. Wie hingruige Ausleger werfen sich die Kommunisten auf ihre Opfer und versuchen mit aller Macht, zwar keine wirtschaftliche, aber dafür eine politische Entscheidung herbeizuführen. Der ins Wanken getratene Parteiakt der NSD, soll erneut aufgegriffen werden und dafür sucht man sich als Opfer die Behag-Arbeiter aus.

In den letzten Tagen ist den NSD-Führern vom Schlege eines Richter die Sprache bereits eingegangen. Wirtschaftlich deshalb, weil letzteres Trunsp nicht genügt, nicht und weil ihm besonders einige Plänen insgesam bereit erheblich zusammengefallen sind, daß damit kein Staat mehr gemacht werden kann. Die noch heute in Flugblättern angelegentlich Liste des Legitimitätsverles ist bereits jung und langsam in der Verrentung verschunden. Die auf dieser Liste Stehenden haben nicht den Mannesmut aufgebracht, für ihre Laten einzustehen, sondern sind winselnd zu ihrem Betriebsleiter gekommen und haben Abbitte getan. Im Gaswerk hat man unter Zug und Trug einen Spigenkandidaten gesucht. Auch dieser ist, nachdem er festgestellt hat, daß er in einem politischen Kandidat gebraucht werden sollte, zurückgetreten. Die NSD-Liste wurde zurückgegeben. Lebbrig bleibt nun noch die Straßenbahn, die mit dem Renommierkandidaten, dem früheren Nazi-Kirke, jetzt das Rennen machen soll.

Wichtiges Betriebsrats-Gesamtwort

Den früheren Betriebsratsmitgliedern wird vorgeworfen, daß sie „alles verraten und im Bunde mit der SPD, die Rechte der Behag-Arbeiter preisgegeben“ hätten. Dabei weiß der übergroße und eritenficherweise noch denende Teil der Straßenbahner sehr genau, daß das Gegenteil der Fall ist. Die Vertreter der SPD haben bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Interessen der Behag-Arbeiter in sachlicher Weise wahrgenommen. Sie haben versucht, durch sachliche Arbeit etwas zu leisten, während die Vertreter der NSD und NSD bisher nur Agitationsanträge und Schmutzartikel gebracht haben, die einen praktischen Erfolg bis zum heutigen Tage für die Behag-Arbeiter gebracht haben.

Gerade das letzte Jahr ist für die Behag-Arbeiter eins der schwierigsten gewesen.

Die Schruppung der Einnahmen brachte ganz zwangsläufig einen Überlof von Arbeitslosen mit sich. Dant der unermüdbaren Arbeit der jetzigen Betriebsvertretung ist es gelungen, Entlassungen zu verhindern. In allen Belegschaftsverammungen wurde bisher der Betriebsvertretung die Anerkennung für ihre unermüdbare Arbeit ausgesprochen. Jetzt nämlich einige Tage vor der Neuwahl, wo es gilt, kommunistische Parteigruppe zu lösen, kommen dieselben Drangsdien zu her und behaupten, alles ist Herran gewesen. In den Belegschaftsverammungen haben die Stimmvertreter der NSD, der besser gegen „Einheitsliste“, das Gegenteil von dem festgestellt, was heute von ihnen in der Öffentlichkeit der Betriebsvertretung vorgeworfen wird. Mit Zug und Trug soll die Belegschaft der Straßenbahn jetzt für das kommunistische Partei-mandant eingegangen werden.

Wo waren denn alle die Revolutionäre,

als es galt, in wochenlangen Verhandlungen mit der Verwaltung zu verbinden, daß Hunderte auf Straßenpflaster geworfen wurden? Erneute, sehr schwere Verhandlungen stehen vor der Tür.

Wenn aber wiederum behauptet wird, daß sich gar nichts durch die Tätigkeit der Gewerkschaften im Laufe der letzten Jahreszeit geändert habe, so hat man für viele armen Arbeiter nur ein mittelbares Ädeln übrig, denn sie wissen nicht, wie es früher in Betriebsbetrieben ausgesehen hat. Der heutigen jüngeren Generation der Straßenbahn wollen wir nur einige immerhin sehr wichtige und wesentliche Dinge ins Gedächtnis zurückrufen.

Wie es früher war

Die NSD-Stadtbahn Halle hat in den

Der Jahren Arbeitsverträge mit den Straßenbahner abgeschlossen, die in ihrer ganzen Aufmachung nichts anderes darstellten als Anti-Verträge. Wir beschränken uns auf einige Punkte. U. a. sei der Absatz 8 dieses Vertrages heute den Straßenbahner ins Gedächtnis zurückgeführt. Hier heißt es:

„Zu meinen Dienstobliegenheiten gehört, wie ich hiermit ausdrücklich anerkenne, die pünktliche und gewissenhafte Befolgung der bestehenden oder etwa noch zu erlassenden Disziplinarordnungen und der Dienststellen der Stadtbahn Halle, mit deren Inhalt, so wie dieselben bereits bestehen, ich bekannt bin. Jeder Fall eines Zuwiderhandeln würde sich als eine Verletzung meines Dienstvertrages durch die nicht gehörige Erfüllung kennzeichnen.“

Ich verpflichte mich hierdurch, für jedes einzelne Zuwiderhandeln gegen eine bestehende oder zu erlassende Dienstvorschrift ein Zeugnis von 1 bis zu 10 Mk. zu zahlen und ermächtige die Direktion, dessen Höhe zu bestimmen, den festgestellten Betrag mit dem Gehalte zu kürzen und für mich an ihre Kasse einzubuchen. Ich verkenne hiermit ausdrücklich jeder gerichtlichen Entscheidung darüber. Ueberhaupt unterwerfe ich mich für mein Zuwiderhandeln gegen eine Dienstvorschrift der dafür vorgesehenen, von der Direktion gegen mich festzusetzenden Strafe.“

Wir fragen die Straßenbahner,

ob sie etwa bereit sind, durch die Verfolgung der Einheit, wie sie jeterlang im Betriebe bestand, Vorwurdsdienste dafür zu leisten, daß derartige unwürdige Zustände wieder eingeführt werden können?

In den früheren Jahren hagelte es nur so von Geldstrafen. Eine ganze Anzahl solcher Beispiele können wir anführen, aber auch den Absatz 10, 11 und 12 dieses Antiarbeitsvertrages wollen wir doch gerade in dieser Situation mit veröffentlichen, um den Straßenbahner zu zeigen, was sich im Laufe der letzten Jahreszeit infolge der unermüdbaren Arbeit der gewerkschaftlichen Organisationen geändert hat.

„10. Schließlich erlaube ich an, daß mir

- a) Inanspruchnahme und unbefugter Gehaltsanspruch alle Vorgesetzte, Vorgesetzte gegen alle Gesellschaftsbeamte,
- b) anständiges, ruhiges und zworntommenes Benehmen gegen die Fahrgäste,
- c) Vermeidung von Janz und Streit mit Arbeitsgenossen aller Dienststellen,
- d) vollständige Pünktlichkeit ausdrücklich zur Pflicht gemacht ist und ich im Zuwiderhandlungsfalle dagegen, ganz besonders aber im Falle der Trunkenheit, mit unangenehmster, sofortiger Disziplinarmaßnahme bedroht bin,
- e) auch andere Bestrafungen als die, welche gewöhnlich einem Wagenführer zugutommen können, übertragen werden dürfen, ohne daß mir dafür eine besondere Vergütung zusteht.

11. Sollte seitens der Polizeiverwaltung aus irgend welchen Gründen meine Entlassung von der Stadtbahn Halle verlangt werden (§ 1 der Polizeiverordnung vom 1. Oktober 1891), so habe ich aus diesem Vertrage keine weiteren Rechte bezuziehen und kann sofort entlassen werden, ohne daß die Direktion mir länger Gehalt zu zahlen braucht, als meine Dienstzeit gedauert hat.

12. Ich verpflichte mich in der mir gelieferten Dienstliste stets 30 Mk. Wechselgeld zu führen und täglich dafür zu sorgen, daß das Kurant umgewechselt werde in 27 Mk. eingeleitetes Kleingeld und 3 Mk. eingeleitete Kleindermarken.“

Wenn die Führer der Einheitsfront der Arbeiterklasse in der NSD, glauben, daß mit Phrasen und großem Geschrei etwa die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse geändert werden können, so beweisen sie damit nur, daß sie von den Machtverhältnissen keine Ahnung haben oder — was wohl das Richtige ist — daß sie nicht die Abticht haben, irgendwelche Verbesserungen für die Arbeiterklasse heranzuführen.

Die Straßenbahner der Stadt Halle haben noch sehr viel zu verlieren

Sie mögen nur mit offenen Augen durch die Welt gehen und sich einmal erlauben, wie es denn in Betrieben der übrigen Industrie aussieht, wo NSD- und kommunistische Betriebsräte jetzt Jahren ihre Hemter versehen. Eine Reihe von Beispielen haben wir doch im Laufe der letzten Jahre im „Volksblatt“ veröffentlicht. Überall dort, wo Phrasen und Schreier

am Ruder gewesen sind, ist es dem Unternehmer möglich gewesen, die Rechte der Betriebsvertretungen so weit zu beschränken, daß die Arbeiterklasse überhaupt keinen Einfluss mehr ausüben konnte. Aber auch dort, wo kommunistische Arbeiterbetriebe aufgezogen werden sollten, haben wir doch erleben müssen, daß gerade das Gegenteil eingetreten ist.

NSD-Führer schlimmer als Unternehmer-Syndikus

Herr Richter, der Führer des „Einheitsauschusses“, war ja Betriebsrat eines Unternehmens, das durch die Arbeiterkraft selbst aufgebaut und mit seiner Hilfe gerettet wurde. Derselbe Herr Richter ist es auch gewesen, der bei den Entlassungsverhandlungen vor dem Gewerberat als Betriebsvertreter des NSD, nicht etwa die zur Entlassung stehenden in Schutz nahm, sondern ganz offen wie ein Unternehmer rüchete erklärte: „Wenn ein Kraftwagen eingestellt wird, ist es auch ganz selbstverständlich, daß der auf diesem Wagen beschäftigte Chauffeur und Arbeiter abgebaut werden muß.“ Deutlicher konnte auch kein Unternehmermythos seine Gefährungen abgeben. Als ihm dann von dem Vertreter der Gewerkschaft sein trauriges Verhalten vorgehalten wurde, flammte Herr Richter nur Verlegenheitsworte, anbete aber nicht seine Daltung.

Wenn also schon nach Unternehmerregeln geschaut wird, dann dürfte es für die Straßenbahner nicht allzu schwer fallen, auf der Einheitsliste die entsprechenden Exemplare zu finden.

An zweiter Stelle steht ein Vertreter Richter, ebenfalls ein frommer NSD-Mann und Kommunist. Dieser Richter, der vor einigen Jahren in einer Betriebsversammlung einmal stark Worte gegen die Direktion gebrauchte, troch nachher auf allen Bieren und bat um Verzeihung; der eben noch so tapere Held ließ sich sogar so weit herab, daß er in einem Aushang, den er offiziell anhängen mußte, alles zurücknahm und der Direktion ein Ehrenzeugnis ausstellte. So sehen die Vertreter der „Einheitsliste“ in Wirklichkeit aus.

Dritter im Bunde ist natürlich der unerlegliche Heodor Kirke. Von besonderem Ehrgeiz getrieben, konnte er bei den Nazis nicht die gewünschte Position ergattern und schwenkte zur kommunistischen Partei über, die natürlich solche Gefinnungsabteiler mit offenen Armen aufnahm. Kirke wollte früher nationaler Sozialismus, war ein getreuer Fridolin Hilters, genierte sich nicht, im „Nazi-Kampf“ gegen seine eigenen Klassen-genossen Kritik loszulassen, sie zu benennen. Heute ist er der berufene Vertreter der NSD, ein Betriebsratsmitglied bei der Straßenbahn zu werden und „revolutionäre“ Forderungen durchzubrüden.

Hallische Straßenbahner, glaubt ihr wirklich,

daß Menschen mit solchen Qualitäten in der Lage sind, euch zu führen? Wollt ihr tatsächlich wiederprüden euch in die Hände solcher Schardeure begeben? Würdet ihr einen solchen Schritt wagen, kaum einige Wochen nach der Wahl dürfte euch ein sackredliches Erwachen kommen — allerdings wahrscheinlich dann zu spät, denn solche Fehler sind so schnell nicht gut zu machen. Deshalb habt ihr jetzt noch die Möglichkeit, durch intensive Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen, daß die feigenvergeschäffliche Liste den Sieg davonträgt; die Liste, auf der sich diejenigen befinden, die seit Jahren mit großem Geschrei eure Interessen vertreten haben; die auch die begehrteste Zustimmung all der heutigen Wähler bisher gefunden hatten.

Bereitet überall die Artikel des „Volksblatt“, die in aller Offenheit das kennzeichnen, was an Arbeitererrett seitens der Saboteure gegen euch getrieben wird. Nur wenn ihr euch in die Front der sozialistischen Arbeiterklasse einschließt und wenn ihr erntet, daß nur in der eigenen Front die Einheitsorganisation der Arbeiterkraft herbeigeführt werden kann, werdet ihr es ermöglichen, daß eure Rechte gewahrt werden und daß die Kämpfe um eine soziale Verbesserung auch tatsächlich mit Erfolg geführt werden können.

Deshalb gibt es für jeden denkenden Straßenbahner nur eins: bei der Wahl die Stimmabgabe für die Liste II

Der mianende Wehrwolf

Es ist das Kennzeichen politischer Entzogenheit, in dem jeder ein Ziel zu denken...

Wenn dann die auf Einladung dieser Dramatik einige hundert Personen im...

Die Bemerkungen des Wehrwolf aus der...

Herr Dr. Thiele in Not
Der nach seiner Meinung von der hohen...

Schwarze Huzaren nicht politisch
In unserem Artikel über die „Schwarzen...

Anturuhn: Ich möchte mit ein neues Kleid...

Die Schlacht der Inventurverkäufe hat begonnen

Schlangegeben bei der Damenkonfektion - der Pfennig dominiert wieder

Inventurverkauf! Dieses eine Wort bringt...

Sowie die Türen geöffnet werden, geht...



Es, wie es mit Worten nicht zu beschreiben...

In einem Geschäft allerdings hatte man...

das Schlamm überlassen:
Der Käufer bleibt nicht mehr auf der Straße...

Der diesjährige Inventurverkauf
bringt einen Höhepunkt des Angebots billiger...

preiswertere Gegenstände der verschiedensten Art...

Es gibt allerdings in den Auslagen auch...

Einmal hat man sich die Schuhe...

„Schuhhüter“ im Keller
In dieser Keller stellte ein Wächter der...

Gefährliche „Fahrt ins Blaue“
In der vergangenen Nacht streifte in der...

Der Abbruch der Schupo
Die Schupojäger verzeichnet im letzten Monat...

Einen Justizrat hineingelegt
Kaffinierte Methoden eines Betrügers

Der jährliche Kaufmannsgebirge Karl Ader...

Wahlkandidat, seine vier Tage in...

Bei Schmerzen in den Gelenken
Ob einem haben sich Loos-Tabletten...

„Und warum haben wir das nicht erfahren?“

„Und nach einer Weile: „Du, ich möchte ihn...

„Jost, bist du genussfähig? Worin, ich...

„Selbst, zu den drei letzten Trübsaligen...

„Ter, meine Jitzler ganz neben ihm her...

„Sie betreten eine der Jellen im Erdgeschoss...

„Und ein Vater, logte sich Bruno...

„Das Epinalwächter... das waren die Band...

Total-Ausverkauf in Schalplatten, um Ausschauen, Fahrrad-Möller Halle, -chneiserstr. 1 (am Markt)

Aufbruch in Kraneberg
Roman einer Zuchtrevolte
Von Werner Scheff.

Copyright: 1930 by Wlth. Gottmann Verlag, Leipzig
(Rechnung verbotten.)
Einmal aber mußte er auf das kommen, was...

jäger. Die Vernichtung dieses Spottmomens...

in die Leben ein Strom von Entsetzen floß...

Das größte Wasserbauprojekt der Welt

Eine Milliardenaufgabe

Das Deutsche Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserbauwesen in Mühlheim hat von der chinesischen Regierung den Auftrag erhalten, durch Versuche festzustellen, welche Maßnahmen zur endgültigen Beseitigung des Hoang-Ho, des Gelben Flusses, getroffen werden können. Es handelt sich hier um die größte wasserbauliche Aufgabe der Welt. Die Ueberflutungsgefahr, die durch die große Höf-Strom der Erde in China herbeiführt, sollen für alle Zeiten unmöglich gemacht werden.

Die deutschen Forscher haben nun in der Nähe der bekannten Waldenser-Berles in den Bayerischen Alpen an einem Seitental ein künstliches Hindernis für den Waldenser-Berles-Kraftwerk aufgeführt, ein genaues Abbild des Hoang-Ho geschaffen. Um richtigen Ausmaß vorzutreiben, ließ sich das Glinas Katastrophenmodell in Deutschland. Kohlenstaub muß den Fördern in den folgenden Lagen, den Schutz, den der Hoang-Ho in seinem Laufe mitführt, erforschen. Sie studieren die Wirkungen, die einer künstlichen Schutz in einem schlammreichen Fluße herbeiführt. Aus den gemessenen Veränderungen im Strombett des deutschen Mühlflusses-Hoang-Ho wird dann das Ausmaß der in der Wirklichkeit im Weiße des Kienflusses auszuführenden Bauten bestimmt werden.

Man kann sich in Deutschland im allgemeinen die Wirkungen eines Hochwassers, wie es der Hoang-Ho nicht weniger als dreimal im Jahre fließt, kaum vorstellen. Unter dem Einfluß dieses Wasserandrangs hat der Weiße Fluß seit 1858 seine Mündung um mehr als 300 Kilometer nach Norden verlegt. Bis zu diesem Zeitpunkt führte er seine Wässer dem Gelben Meere zu. Dann aber wurde er plötzlich toll und leitete seine Flut Menschen und Dörfern vornehmlich, in den Golf von Tschingai. Damit nicht genug: Jahr um Jahr bedroht seine Ueberflutung, die nicht wie die des Rheins eine schleichend erwartete Gefahr ist, Millionen von Menschen

Wie ist dieser Fluß zur Ruhe gekommen. Ungehobene Dämme schenken er in seinem Bett von den Hochebenen und Hochbergen mehrerorts Die gewaltigen Schuttmauern, die er mit sich führt, erhöhen sehr um sehr sein Bett, so daß es die reißenden Schneefelder des Frühjahrs und die Hochwasser des Sommers nicht mehr so fasser vermag.

So schuf der Fluß selbst unter ständiger Veränderung seines Laufes eine gewaltige Hochebene, die er aus den Verfallsprodukten der von ihm durchflossenen Kanalschiff aufbaute. Sein Wasserstand unterliegt ganz ungewöhnlichen Schwankungen. Während man das normale Anfließen des Wassers in der Ueberflutungszeit im Unterlauf auf sechs bis sieben Meter schätzt, erhöht sich dieser Wasserstand in Katastrophenjahren bis zu 40 Meter. Dann sind viele Kanalschiffe einfach zu ausgehenden See geworden. Blühende Städte und Dörfer versinken in den gelben, quirlenden, ewig unruhigen Wassermassen.

China hat im Laufe der Jahrhunderte nur zu oft die Sinnlosigkeit des Hoang-Ho fernengelassen. Seit 1868 wurden allein sechs solcher gewaltigen Naturkatastrophen gezählt, die in den Jahren 1868, 1869, 1872 und 1874 geradezu schlagartig aufeinander folgten und die betroffenen Gebiete nicht mehr zur Ruhe kommen ließen. 1889 und 1925 erfolgten die letzten Ueberflutungen, die unglückliche Gegend über China brachten. Die Chinesen, die eine hohe technische Begabung und eine durchaus anerkennenswerte technische Initiative besitzen, haben versucht, durch umfangreiche Deichbauten des Stromes Herr zu werden. Der unberechenbare Fluß jedoch läßt sich nicht mit den allhergebrachten Mitteln einer handwerksmäßigen Technik ins Schach zwingen. Immer wieder zerbrach er die Deiche, spülte ihre Schmalen mit elementarem Gewalt hinweg und bahnte sich seinen Weg nach Belieben. Nur zu oft verlor er dabei sein Bett zum Entsetzen der Bewohner. Es gehört wirklich die ganze Unverdroffenheit und Schicksalsgläubigkeit

des Chinesen dazu, diesem Ansturm des Flusses immer wieder durch neue Bearbeitung des an sich fruchtbaren, aber ewig bedrohten Landes zu begegnen. Nur der bienenartige Fleiß und die für europäische Verhältnisse unvorstellbare Genügsamkeit des Akaten vermochte das verwüstete Land wieder und immer wieder aufzubauen.

Die letzte Ueberflutungsung veranlaßte die chinesische Regierung, den Plan zu fassen, den Hoang-Ho anders als bisher zu begegnen. Sein Lauf soll wissenschaftlich untersucht werden. Man will über die Tätigkeit des Stromes volle Klarheit gewinnen, und er selbst soll durch sein Verhalten bestimmen, welche Maßnahmen ihn gefügig machen können. Das handwerkswertige Deichbauen ist als völlig zwecklos erkannt worden. Die moderne europäische Wissenschaft soll helfen, den Gelben Fluß zu befähigen.

Der Hoang-Ho hat eine Lauflänge von nicht weniger als 4100 Kilometer. Er entspringt im mittleren Kuenlun-Gebirge in 4400 Meter Höhe über dem Meere. Mehr als ein Viertel seines Laufes gehört dem Hochgebirge an. Vereitert werden sich hier schon Regulierungsarbeiten nötig machen. Wenn man weiter bedenkt, daß der Fluß in seinem heutigen Zustand nur streckenweise schiffbar ist, so ergeben sich aus dieser Tatsache weitere sehr umfangreiche Aufgaben, deren Durchführung Jahrzehnte beanspruchen wird. Man wird sich aber nicht nur auf den Hauptstrom allein beschränken können, sondern auch die Wasserzufuhren seiner Nebenflüsse unterliegen müssen. Unter diesem Gesichtswinkel wärd die Aufgabe geradezu im Panzeralte, denn das Stromgebiet des Flusses umfaßt rund 9800 Quadratkilometer, also ein Gebiet, das mehr als doppelt so groß ist wie ganz Deutschland. Aber China hat andere geschichtliche bemerkenswerte Großbauten durchgeführt. Es sei nur an die berühmte Große Mauer und an den Kaiserkanal erinnert. Es wird daher auch mit diesem Werke fertig werden, und wenn Generationen darüber hinstreifen sollten. W.M.

Stillelegung um Profit?

Der Standa der Zeche Sachsen

In Sachsen im Westfalen ist bei der Zeche Sachsen ein beispielloses Stilllegungsaufstand im Gange. Diese Zeche gehörte dem Kupferkonzern Mansfeld, der sich schon seit Jahren nur noch mit Hilfe kaiserlicher Subventionen aufrechterhalten hat. Jetzt ist die Grube Sachsen von Mansfeld unter dem Druck des bekannten Montankapitalisten Otto Wolff an den Bergwerkstrossen Rheinpreußen verkauft worden und soll in kürzester Frist stillgelegt werden.

Schon früher Verkauf ist ein Standa für sich, denn Mansfeld beschäftigt, seine Bergwerksbetriebe aus dem Konzern herauszulösen und dem

Der Schuß auf den Naziredeaktor

Gekändnis des Naziführers

Aus Magdeburg wird gemeldet:

Das Verbrechen am Neujahrsmorgen auf dem Breiten Weg in Magdeburg hat insofern einen vorläufigen Aufführung gefunden, als es der Polizei gelungen ist, den Nationalsozialisten ausfindig zu machen, festzunehmen und zu einem Gekändnis zu bewegen, der den Nazi-Redakteur Bartholdy niedergeknallt hat. Es ist der 26 Jahre alte Bernhard Lucie, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und nach eigener Angabe des Magdeburger Nachrichten bis Anfang Oktober 1932 Angehöriger der SA.

Reiche zum Verkauf anzubieten. Der Fall „Zeche Sachsen“ zeigt aber, daß das gestrichene Brotpapier vorher die besten Stücke aus dem Montanberg herauszuschneiden und dem Reich nur die launen Betriebe andrehen will. Die Angelegenheit wird aber noch toller, wenn man erfährt, daß es sich bei der Zeche Sachsen um eine erfindliche hochrentable Kohlengrube handelt, die zurzeit 3000 Bergarbeiter mit Familien ernährt.

Daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die alle angeht, beweist die Tatsache, daß sich vom Regierungspräsidenten über die Kommunalbehörden bis zur Reichsregierung eine einheitliche Abwehrfront gegen diesen Akt der Bergemalung gebildet hat. Die Vertretung der Reichsregierung hat sich mit einem Hinweis an die Regierung und die Reichsregierung gemeldet und in einer gut geformten Zwischenproklamation nachgewiesen, daß es sich bei der Zeche Sachsen um eine Kohlengrube handelt, die sowohl in der Vorbereitung als auch bei den Kohlenvorkommen es mit den besten Bergwerken im Westen aufnehmen kann. Wie der Abbau gehen auch die Kohlenmehlanlagen und Kokeren als Mutterbetriebe erster Ordnung. Bei besserer Konjunktur kann die Zeche eine Belegschaft von 5000 Mann beschäftigen.

Die Gemeinde Sershen hat seit der Wüstung der Zeche ihre Einwohnerzahl verdreifacht. Diese Industrieortsgemeinde von über 9000 Einwohnern wäre durch die Stilllegung zum Toten verurteilt. Die Millionen Investitionen für öffentliche Gebäude, Straßen und andere kommunale Anlagen wären nutzlos vergeblich. Die Belegschaft würde mit Recht darauf bestehen, durch entsprechende Maßnahmen zum hemmungslosen Kapitalismus zu treiben.

Die Reichsregierung muß vor dem Parlament Farbe bekennen, was sie gegen diesen Anschlag des Konzernkapitals zu tun gedenkt.

60 000 Schmuggler

Auf der 56 Kilometer langen Strecke von Giltath im Kreise Oelitz bis zum Sief-Schmittorf im Landkreis Wittenberg fließt fast die Hälfte des Schmuggels an den gelamten deutschen Reichsgrenzen an. Das Hauptzollamt Wittenberg, das diese verhältnismäßig kleine Strecke bewacht, hat im Jahre 1932 nicht weniger als 25.000 Straftatverfahren wegen Schmuggels eingeleitet. 60.000 Personen wurden schmuggelähnlich abgenommen. Beispielsweise wurden 74.000 Kilogramm Kaffee, 1570 Kilogramm Kautschuk, 12.000 Kilogramm Tabak, 6 Millionen Zigaretten, 45.000 Zigarren, 120.000 Hektoliter Zigarettenpapier, 3800 Kilogramm Pfeifschwarze, 147.000 Kilogramm Zucker, 40.000 Kilogramm Getreide, 36.000 Kilogramm Mehl und 32.000 Kilogramm Brot, ferner 800 Fahrräder, 105 Personenkraftwagen, 4 Lastkraftwagen und 38 Kraftfahrzeuge. Wenn man bedenkt, daß nur etwa 10 Proz. des Schmuggels von den Zollbehörden erfaßt werden, kann man sich eine Vorstellung von den ungeheuren Warenmengen machen, die über die deutschen Grenzen unter Umgehung der Zölle nach Deutschland eingeschmuggelt werden.

Mutter Cy

Die in weitesten Kreisen bekannte Düsseldorf-Künstlerin „Mutter Cy“, die kürzlich ihren 65. Geburtstag feierte wurde von der Stadtverwaltung wegen Nichtzahlung ihrer Miete, die zuletzt vom Hofschaffensamt aufgebracht wurde, auf Kündigung verklagt. Der Entschluß der Stadt Düsseldorf nicht wenig dankbar an. Erst kürzlich hat die Stadt in einem Schreiben an Mutter Cy erklärt: „Was Sie an den Künstlern getan haben, haben Sie an der Kunststadt Düsseldorf getan.“ Mutter Cy Kunst- und Menschenfreundlichkeit werden viele Künstler (unter ihnen Dig und Wolfstiel), die sie, eine einfache Frau aus dem Volke, mit einem sicheren Instinkt nach allen materiellen Kräften unterstützte und in das Licht der Öffentlichkeit und des Ruhmes brachte, bezeugen können. Mutter Cy ist mit ihrer breiten Güte der ideale Typ eines Mädchens; es wäre nicht ohne Tragik, wenn ihre kleine Düsseldorf-Batterie, die man neben der dortigen großen nicht verwechseln darf, der Not der Zeit und einer Bürokratie, die mit ihr nicht fertig wird, zum Opfer fiele.

Seppi, der Chineser

Ein Innsbrucker Gymnasialist beschloß, am Neujahrstag ein neues Leben anzufangen; er reiste nach München, mietete sich ein Taxi und fuhr damit nach Berlin. Hier wollte er der chinesischen Genossenschaft seine „militärischen“ Dienste für den ersten Abend anbieten. Dem Chauffeur, der mit seiner Last schon öfter nach Berlin gefahren war und sich über das Festspiel trotz der Ungewöhnlichkeit seines Auftraggebers nicht weiter wunderte, erzählte er, daß er ein chinesischer Offizier sei. In Berlin angekommen, hatte der „Chineser“ 420 Mark zu zahlen. Der Chauffeur wartet noch heute auf das Geld... Seppi aber barauf, daß ihm sein Vater vom Berliner Polizeipräsidenten, wohin ihn der fluge Münchener schließlich brachte,

abhol. Es dauerte im übrigen eine geraume Zeit, bis die Polizei begriffen hatte, wozum es sich bei ihren keltischen „Bähen“ eigentlich handelte: sie führten sich in ihren heimischen Dialekten na dhergenüßlich und Selbstverständlichen gegenüber an, daß die Altersgrenze nur so wackelt.

Operation im Gerichtssaal

Im Berufsprozess des 32jährigen Berliner Kaufmanns Jendrusch, der von der Großen Strafkammer des Landgerichts II Berlin wegen Provisionshinterzuges in der ersten Instanz zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden war, machte der Angeklagte einen Selbstmordversuch. Als er aus der Haft vorgeführt wurde, zog er eine Kassettenkiste aus der Tasche und brachte sie damit an der Kehle zwei fiese Schmittwunden, außerdem Verletzungen am Oberarm etc. Ein sofort herbeigerufenen Arzt nahm im Gerichtssaal eine erste erfolgreiche Notoperation vor, um ein Zerbrechen des Patienten zu verhindern. Jendrusch wird vermutlich wiederergriffen werden können.

Arzt als Dollarfälscher?

Ein bekannter New-Yorker Arzt namens Dr. Burton wurde unter der Beschuldigung verhaftet, Mitglied derer internationalen Dolarfälscherbande zu sein, der in Washington festgenommene deutsche Flieger Dehom angehört. Burton soll 100.000 falsche Dollarsnoten in Verkehr gebracht haben.

Straßenbahnunfall

Bei einem mit einer Wädhenschulke belegten Zubuspfer Straßenbahnwagen löste sich plötzlich die Bremse. Der Wagen saufte mit 60 Kilometer Geschwindigkeit die abschüssige Straße hinunter, sprang schließlich auf den Schienen und fiel gegen einen Zeilungsmaß. Zehn Wädhchen und der Wagenführer wurden lebensgefährlich verletzt.

30 000 Mark ergaunert

Ein in Düsseldorf festgenommenes Ehepaar Körber hat im Auftrag verschiedener Organisationen Geldsammlungen vorgenommen, von den eingegangenen Beträgen jedoch 30.000 M. unterschlagen.

Flugzeugabsturz

Ein Schulflyger der Fliegertruppe Schwarz (Chüringen) stürzte in der Nähe von Gosselob ab, der Pilot, ein 22jähriger Deutsch-Amerikaner, verunglückte tödlich.

Hauseneinsturz

Im Eingeborenenviertel vonairo stürzte ein zweistöckiges Haus ein. Vier Personen wurden getötet, acht verletzt.

Prozess gegen Hummel-Daumann

Am 12. Januar beginnt vor dem Schöffengericht Freiburg der Prozess gegen den Betrüger Hummel, der sich für den Kriegesgefangenen Ostar Daumann ausgegeben hat. Man rechnet mit einer kurzen Prozessdauer, da Hummel gefangen hat.

Der Lahusen-Prozess

Die Hauptverhandlung gegen die Gebrüder Lahusen ist nunmehr — wie es heißt — endgültig vom 14. auf den 28. Februar anberaumt worden. Der von der Verteidigung beantragte Nachschaffungsverfahren Professor Dr. Reitzner von der Berliner Handelshochschule soll erst in diesem Termin abhändlich sein.

Parole Vorschlag

Redakteure und Geschäftsführer der nationalsozialistischen Zeitungen sind sehr arme Leute. Sie haben für gewöhnlich nicht mehr als 180 monatlich Gehalt — genau so viel, wie nicht gepfändelt werden darf. Sie leben dabei alle auf großem Fuße. Von was leben sie? Von Bräuhäusern! Da immer dann, wenn die Herren Reichstagsmitglieder für ihre Verleumdungen bezahlen sollen, bemerken sie, daß sie sonst Vorschlag erhalten haben, daß er ihnen auf Jahre hinaus und in solchem Umfang vom Gehalt abgezogen werden müßte, daß sie nicht mehr gepfändelt werden können. Ein freies Leben führen wir, ein Leben voller Sonne...

Es wird wieder vorwärts gehen!

Die erste Nummer des Distriktsorgans der Partei „Das freie Wort“ für das Jahr 1933 ist losoben erschienen. Der Neujahrssatz des Genossen Ernst Heilmann: „Es wird wieder vorwärts gehen!“ gibt einen kurzen Rückblick auf die Kämpfe des Jahres 1932 und einen Ausblick auf die vor uns liegenden Aufgaben.

Genosse Pietro Renni-Paris lieferte einen interessanten Beitrag: die Einheit der Arbeiterklasse und ihre Bedingungen. Genosse Professor Dr. Urbach-Ritzig schreibt über: die Lieberheit gegen die transpazifische Ausbreitung. Der weitest ausgedehnte Raum dieser Nummer nehmen die Zuschriften aus dem Westkreise ein. In „Parolen für 1933“ und der Zusatzproben die aktuellen und wichtigsten Forderungen für das neue Jahr eingehend besprochen. Die Beiträge der Genossen Georg Bauer-Koblenz: Sozialistischer Idealismus; Ernst Rote-Hamburg: Sozialismus ist Demokratie; „Koblenz, Jugendarbeit“ des Genossen Scholz-Hannover seien besonders erwähnt. Lieber das viel mißbrauchte Schlagwort von der außerparlamentarischen Aktion schreibt Genossin Hedwig Wachenheim. „Das freie Wort“ bringt auch die ersten Artikel der Partei in den letzten Tagen und wertvolles Material für die politische Arbeit. „Das freie Wort“ erscheint wöchentlich und kostet 91 Pf. pro Monat. Probehefte versendet gratis und portofrei der „Freie Wort-Verlag“ Berlin 68, Lindenstr. 3. Das Distriktsorgan der Partei sei unseren Lesern wärmstens empfohlen.

Die Kulturreaktion im Rundfunk

Der mehrfache Wechsel in der Regierung hat auch überdies Veränderungen bei den Rundfunkgesellschaften hervorgerufen, aber leider nur im Sinne einer inneren Störung der Reaktion. Die Unzufriedenheit mit den Darbietungen der deutschen Gesende wird immer größer.

Mehrere 100 000 Abmeldungen in den letzten Monaten sind bei der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zu verzeichnen. Die Zahl der Neuanmeldungen ist aber größer, weil die heutigen Geräte und verstärkten Sender in allen Ländern mühselos den Empfang anderer Stationen gestatten, die den Hören Willkommeneres bieten. Wegen die Reaktion im deutschen Rundfunk wendet sich besonders das neue Heft des „Volkstums“, das gleichzeitig große Rundgebungen der freien Funkzentrale und des Sozialistischen Kulturbundes antwortet. Vom Rundfunk in den Vereinigten Staaten, besonders über den sozialistischen Sender in New York wird in Wort und Bild in dem Heft ein interessantes mitgeteilt. Ein weiterer Bildausflug stammt aus der dänischen Umgebung von Bat und Wadon, deren Rindfreunde hier näher über diese bekannten Filmarbeiter erfahren. Zeitgemäß ist auch der Bericht über den freimütigen Arbeitsleben, den eine Reihe von Bildern aus dem Lager Schmiden, die aus der freien Arbeiterbewegung entstanden sind. Der Walter findet Anleitung zum Bau eines billigen Zweiröhrengerätes und eines Thermiummikroapparates. Der beliebte Volkstums ist fortgesetzt, während der Sportler eingebunden über das Eishockey unterrichtet wird. Für die Frauen bringt das Heft neben dem beliebten Roman Anweisung zur Selbstherstellung schöner und body preiswerter Wolldecken, viele Haushaltsrezepte u. a., für die Kleinen eine Kinderzeitschrift, und für große Spieler Schach, Stat- und Billardrezepte, natürlich auch die aktuellsten Bilder vom Tage, wie überhaupt jedes Heft des „Volkstums“ den Leser durch zahlreiche besonders schöne Photos erfreut. Regelmäßige Leser sind gleichzeitig eine besondere Kosten der Geräteversicherung angehängt. Auf vielfachen Wunsch wird neuerdings besonders das Programm des Winterturnen Arbeiters besonders ausführlich gebracht. Der „Volkstum“ kann durch jede Volksoffizier oder Buchhandlung zum Preise von 96 Pf. monatlich frei Haus bezogen werden, was auch durch den Volkstums-Verlag, Berlin 68, der auf Wunsch beschaffen werden können.

